

Medienmitteilung

Thema	Risikoprämie für Atomstrom – Deckel weg bei der KEV
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Mobil 079 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	22. März 2009

Risikoprämie für Atomstrom – Deckel weg bei der KEV

Der grünliberale Nationalrat Martin Bäumle (ZH) hat in der Frühlingssession zwei Vorstösse eingereicht. Der erste Vorstoss fordert eine Risikoprämie auf Atomstrom von 5 Rp./kWh. Dies weil AKWs nur minimal gegen einen Unglücksfall versichert sind. Mit den Einnahmen der Risikoprämie sollen die erneuerbaren Energien gefördert werden. Somit kann langfristig das Klumpenrisiko AKW abgebaut werden.

Der zweite Vorstoss fordert im Rahmen des Voranschlages 2010, und auch im Sinne allfällig weiterer Konjunkturmassnahmen, den Deckel bei der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) wegzunehmen. Somit können hunderte von Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien realisiert werden, die momentan wegen der beschränkten Mittel auf der Warteliste stehen.

„Bei Grossbanken sind sich alle einig, das dieses volkswirtschaftliche Klumpenrisiko zu reduzieren ist. Dies gilt in verstärktem Masse auch bei Kernkraftwerken. Es hoffen natürlich alle, dass ein Unglück wie Tschernobyl nie mehr passieren kann, aber das Restrisiko bleibt. Das hätte was fatale Folgen für die Bevölkerung, Umwelt und die Wirtschaft. Wer hätte vor zwei Jahren gedacht, dass die UBS in eine heikle Schiefelage geraten könnte – also sollten wir das Klumpenrisiko Kernkraftwerke ebenfalls reduzieren“, sagt Martin Bäumle.

Die Risikoprämie auf Atomstrom von 5 Rp./kWh soll laut dem Grünliberalen Bäumle sowohl für inländischen wie auch für importierten Strom gelten. Heute besteht zugunsten der AKW-Betreiber eine Marktverzerrung, weil der Strompreis nicht die wahren Risikokosten eines Unglücksfalles abbildet. Man rechnet bei AKWs mit einer möglichen Schadenssumme von bis zu 5'000 Mrd. Franken. Im Falle eines solchen Ereignisses wäre die Schweiz als Staat und Volkswirtschaft kaum in der Lage, die Folgekosten zu bezahlen.

Eine volle Haftung würde den Preis der Kernenergie um bis zu 50 Rp./kWh erhöhen. Mit einer Risikoprämie von 5 Rp./kWh auf Kernenergie wird ein Teil der marktwirtschaftlichen Kosten abgebildet und die bisherige Marktverzerrung reduziert. Die Einnahmen reduzieren das Klumpenrisiko, indem die Gelder für erneuerbare Energien eingesetzt werden. Damit wird über die Restlaufzeit der Kernkraftwerke die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) ausgebaut und es könnten rund 25'000 GWh zusätzlicher Strom aus erneuerbaren Energien produziert werden. Damit können bis ca. 2035 die Kernreaktoren schrittweise ausser Betrieb gehen.

Die Investitionen und Technologieentwicklungen würden weitgehend im Inland bleiben und die Schweiz unabhängiger von Energieimporten machen. Die erneuerbaren Energien würden mit der schrittweise sinkenden KEV bis ca. 2035 marktfähig und neue Absatzmärkte würden infolge ebenfalls gestärkt.

Mit KEV sofort Innovation und Konjunktur stützen

Die kostendeckende Einspeisevergütung stösst bereits nach weniger als einem Jahr an ihre Grenzen. Viele Investoren mussten abgewiesen werden. Diese Hemmung von Wirtschaftswachstum ist angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftslage paradox.

Deshalb sollen die Deckel im Energiegesetz mittels dringlichem Bundesgesetz auf 2010 aufgehoben werden, um diese Innovations- und Wachstumshemmung zu stoppen. Mit dem Art. 7a Abs. 2 behält der Bund die Option, sowohl die Zubau-
mengen als auch die jährliche Absenkung festzulegen und damit auch die Kosten zu steuern.

Die Finanzierung kann kurzfristig durch eine Reduktion bei den Netzkosten und längerfristig durch die vorgeschlagene
Risikoprämie erreicht werden.

Zudem ist es wichtig, in diesem zukunftssträchtigen Technologiesektor den Anschluss mit anderen Ländern nicht zu ver-
passen. Unabhängig von der Konjunktur führt die Aufhebung des Deckels zu einer nachhaltigen Energiepolitik für mehr
Unabhängigkeit vom Ausland.